

Ausgabe 75

Nr.4 / 2008

FRIEDENS BLÄTTER



Einzelpreis

1 EURO

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

Das neue Versammlungsgesetz in Baden-Württemberg Sind die Ostermärsche in Gefahr?



**Ja zur Versammlungsfreiheit!
Nein zur Verschärfung des Versammlungsgesetzes !**



Inhalt Editorial

Versammlungsgesetz 2008

**Zentraler Aufruf gegen das
Versammlungsgesetz**
Demonstration am 06. Dezember 09
in Stuttgart
Seite 3

Interviews

mit Ulrich Maurer
Thomas Mitsch
Seite 4

mit Thomas Trüten,
Ralf Wurzbacher
Seite 4

Fahrplan 2008/2009

Termine der Proteste und
Demonstrationen
Seite 5

Sicherheitskonferenz 2009

**Aufruf des Aktionsbündnisses gegen
die Nato-Sicherheitskonferenz 2009**
Demonstration und Aktionen am 6.
und 7. Februar 09 in München
Seite 6

Nato-Jubiläum 2009

Stuttgarter Appell
Nein zum Krieg - Nein zur NATO
Seite 7

Kriegspakt
Rück- und Ausblick der NATO
Rainer Braun
Seite 8

Den Natogipfel versalzen
Informationsstelle Militarisation e.V.
Seite 9

Von Afghanistan bis Georgien
Peter Strutynski
Seite 9

Bundestag

**Wie haben unsere Abgeordneten/innen
abgestimmt**
OEF/ISAF/BKA
Seite 11

Impressum
Seite 12

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

nein, das Jahr endet nicht geruhsam!

Die Landesregierung plant die Verschärfung des bad.-württembergischen Versammlungsgesetzes. Bürgerrechte sollen dramatisch eingeschränkt werden. Die Zeit drängt, denn das Gesetz soll noch in 2008 verabschiedet werden und schon 2009 in Kraft treten. Es betrifft uns alle, ob Versammlungen unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen, den Ostermarsch oder Gewerkschaftsproteste. Auch ohne Horst Teltchik wird die "Sicherheitskonferenz" 2009 in München stattfinden und zwar vom 6.-8. Februar im Bayerischen Hof. Erneut ist ein breites Bündnis aus pazifistischen, sozialen, globalisierungskritischen und antikapitalistischen Gruppierungen unterwegs, um die Aktionen gegen die SiKo zu organisieren und zu unterstützen. Bei dieser privaten Veranstaltung treffen sich die Nato Vertreter um globale Militärstrategien, Kriegseinsätze und Rüstungsgeschäfte abzusprechen. Dabei werden wohl auch die letzten Vorbereitungen für das 60-jährige Nato-Jubiläum festgelegt, welches am 3. April in Baden-Baden und am 4. April in Straßburg stattfindet.



Es ist viel zu tun, packen wir es an! Ich freue mich euch auf der Demonstration gegen das Versammlungsgesetz am 06. Dezember in Stuttgart zu sehen.

Ich bedanke mich bei allen Autoren/innen und Gruppierungen für ihre Beiträge.

Mit lieben Friedensgrüßen
Thomas Mitsch

FRIEDENSBLÄTTER! Wer abonniert ist informiert!

- Ich abonniere für 14 Euro im Jahr (jederzeit kündbar)
 - Ich werde Fördermitglied im baden-württembergischen Förderverein Frieden e.V. Das bringt nicht nur die Friedensblätter ins Haus, sondern auch eine steuerlich abzugsfähige Spendenquittung.
- Mein Jahresbeitrag: _____ € mindestens 30 EUR)

Name: _____

Adresse: _____

- ich überweise selbständig auf das Konto des Förderverein Frieden Nr. 196374704 bei der Postbank Stuttgart (60010070)
- ich zahle per Einzug jährlich (Abo) halbjährlich vierteljährlich

Bank: _____

Bankleitzahl: _____

Kontonummer: _____

Bitte Einsenden an: Friedensbüro Bad.-Württ.,
Spreuergasse. 45, 70372 Stuttgart
Fax: 0711-600718, Email: buero@friedensnetz.de

Unterschrift



Zentraler Aufruf zur Demonstration gegen das baden-württembergische Versammlungsgesetz am 06.12.2008 in Stuttgart

Ja zum Grundrecht auf Versammlungsfreiheit! Nein zur Verschärfung des Versammlungsgesetzes!



Foto: Mario Hanneken

Die baden-württembergische Landesregierung hat ein neues Versammlungsgesetz vorgelegt, das noch im Jahre 2008 im Landtag beschlossen und bereits 2009 in Kraft treten soll. Dieses Gesetz schränkt ein wichtiges Bürgerrecht dramatisch ein. Statt wie behauptet das Versammlungsrecht zu erleichtern, überzieht es die Veranstalter mit bürokratischen Schikanen, sieht die Registrierung, Überwachung und Erfassung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen vor und gibt Polizei und Behörden die Möglichkeit für willkürliche Erschwernisse, Eingriffe in die Versammlung und die Rechte der Versammelten.

Das Recht auf Versammlungen im Saal wird eingeschränkt: Obwohl das Grundgesetz nur für Versammlungen unter freiem Himmel gesetzliche Beschränkungen zuzulässt, sieht das neue Versammlungsgesetz nun auch für Versammlungen im Saal

z.B. vor:

- * Die Behörde kann die Benennung einer von ihr festgelegten Zahl von Ordnern (mit Wohnsitz und Geburtsdatum) verlangen.
- * Sie kann Ordner und Versammlungsleiter als ungeeignet ablehnen und damit die Versammlung undurchführbar machen.
- * Polizei und Presse (auch die Nazi-Presse) dürfen nicht ausgeschlossen werden.
- * Der Versammlungsleiter macht sich strafbar, wenn er nicht rechtzeitig „Gewaltbereitschaft“ erkennt und die Versammlung beendet.

Die Demonstrationsfreiheit wird ausgehöhlt: Noch dramatischer sind die Einschränkungen für Demonstrationen und Kundgebungen im Freien: * Die Anmeldefrist beträgt nun 72 (statt 48) Stunden vor der ersten Einladung zur Versammlung. * Der Entscheidung über Verbot und Auflagen spielen die „Rechte Dritter“ also Anwohner und Passanten, die sich belästigt fühlen könnten, eine Rolle. * Versammlungsleiter und Ordner werden zum verlängerten Arm der Polizei gemacht, statt die Anliegen der Versammelten zu vertreten. Sie werden registriert und haftbar gemacht und können als „ungeeignet“ abgelehnt werden. * Bereits gleiche Mützen oder gleichfarbige Streikwesten von Gewerkschaften können als „militant“ und „einschüchternd“ gewertet und verboten werden. * Die Polizei darf fast ohne Einschränkungen in die Versammlung eingreifen und z.B. die Personalien der Teilnehmer/innen feststellen. * Versammlungen können nach Gutdünken der Polizei gefilmt und die Aufnahmen nahezu beliebig gespeichert werden. * Bereits bei der Anreise zu Versammlungen gilt ein Sonderrecht für polizeiliche Kontrollen und Schikanen.

Naziaufmärsche werden künftig gesetzlich geschützt: Die Landesregierung behauptet mit dem neuen Gesetz die Würde der Opfer der Naziherrschaft durch ein Verbot von Naziaufmärschen an den Gedenktagen 27. Januar und 9. November zu schützen. Bereits in der Vergangenheit wurden antifaschistische Aktivitäten jedoch häufig seitens der Behörden erschwert. Nun werden mit dem Verbot, Versammlungen zu behindern, zu stören oder dazu aufzurufen, Naziaufmärsche nachgerade unter gesetzlichen Schutz gestellt.

Das Grundrecht wird zum Sonderrecht: Das Recht auf offene Diskussion und öffentliche Meinungsäußerung gehört zur Grundsubstanz der Demokratie. Die Baden-württembergische Landesregierung macht es mit ihrem Entwurf aber zum Sonderfall, der besonderer behördlicher und polizeilicher Beobachtung unterstellt ist. Dieses Sonderrecht soll bereits gelten für jede „Zusammenkunft von mindestens zwei Personen zur gemeinschaftlichen überwiegend auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung gerichteten Erörterung“, d.h. jede politische Diskussion überhaupt fällt unter besondere behördliche Aufmerksamkeit.

Statt demokratische Betätigung, Diskussion, Meinungsbildung und -Äußerung zu unterstützen stellt dieses Gesetz jede Bürgerin und jeden Bürger, die bereit sind, sich an den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu beteiligen unter Generalverdacht und überlässt sie der misstrauischen Kontrolle von Behörden und Polizei. Mit diesem Gesetz kann Demokratie nicht gelebt werden. Es erstickt sie.

Deshalb rufen wir alle Demokratinnen und Demokraten dazu auf, dieses Gesetz zu verhindern.

06. Dezember 2008, Beginn/Auftakt 14:00 Uhr Lautenschlagerstraße in Stuttgart gegenüber Hauptbahnhof

Ich/ wir unterstützen den Aufruf zum 06. Dezember 2008 (Mit der Bitte um inhaltliche Unterstützung ist auch die Bitte um einen Beitrag zu den Kosten, entsprechend den eigenen Möglichkeiten verbunden.) Faustregel: Einzelpersonen 20 €, örtliche Gruppen 50 €, überregionale Organisationen 100 € Konto f. Organisation der Demo in Stuttgart: Sonderkonto Friedensnetz Paul Russmann, Nr. 6520706 Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 – Stichwort: Versammlungsgesetz



Interview mit Ulrich Maurer

T.M.: Erstmal danke Uli, dass du dir die Zeit nimmst. In der letzten Zeit habe ich einige Versammlungen besucht, bei denen das Thema Afghanistan immer wieder angesprochen wurde. Das Parlament hat ja vor kurzem den Afghanistaneinsatz um 14 Monate verlängert und man munkelt, dass dieser Beschluss eine Art Wahlmanipulation ist, da dann der erneute Beschluss einer Verlängerung des Einsatzes nicht in den Bundtagswahlkampf im Jahr 2009 fällt.



Foto: Bernd Luplow

U.M.: Ja, das ist ganz eindeutig. Man will so vermeiden, dass die nächste Auseinandersetzung über den Kriegseinsatz vor den Bundestagswahlen stattfindet. Das geschieht deswegen, weil sie genau wissen, dass die Mehrheit der Bevölkerung gegen einen Bundeswehreininsatz ist.

T.M.: Ich konnte dich diese Woche schon mal sprechen hören und da sagtest du, dass eine Sondersitzung im Bundestag stattfindet. Worum ging es in dieser Sitzung?

U.M.: Bei dieser Sitzung ging es um das sogenannte OEF-Mandat und um die erste Lesung dazu. Operation Enduring Freedom, da geht es nicht nur um die Verlängerung in Afghanistan sondern auch um das Horn in Afrika. Es hat sich jetzt schon abgezeichnet, dass die Vertreter aus CDU/CSU, SPD und FDP mit einigen wenigen Ausnahmen den Kriegseinsätzen wieder zustimmen werden

T.M.: In letzter Zeit ging es in der Presse immer wieder um das „Nein“ Irlands zum EU-Vertrag und in diesem Zusammenhang auch um den Lissabon-Vertrag. Wie wirken sich diese Punkte auf die militär- und sicherheitsrelevante Politik der EU und Nato aus?

U.M.: Der Vertrag von Lissabon hat zwei wesentliche Aspekte, die dazu führen, dass wir ihn rigoros ablehnen. Das eine ist, dass im Grunde genommen die Europäische Kommission für die Ausbreitung des Neoliberalismus steht und das zweite ist die Militarisierung der EU- Außenpolitik. Wobei es darum geht, dass die EU Streitkräfte aufstellt, die für die internationalen Kriege der USA zur Verfügung gestellt werden bzw. wir mittlerweile so weit sind, dass die EU selber sagt sie wolle der Rohstoffe wegen Kriege führen.

T.M.: Nächstes Jahr steht das 60-jährige Nato-Jubiläum an. Drei Veranstaltungsorte sind mit Straßburg, Kehl und Baden-Baden gefunden worden. Beteiligt sich die Linke an den Protesten?

U.M.: Wir beteiligen uns natürlich. Wir werden uns genauso zur Wehr setzen, wie in Heiligendamm, weil wir nicht zulassen wollen, dass Leute, die Krieg als Mittel der Politik befürworten, ungestört feiern können. Es muss schon deutlich gemacht werden, dass dieser Krieg in unserem Land abgelehnt wird. Ich vermute wir werden den gleichen staatlichen Aufmarsch zur Abwehr von Demonstranten wie in Heiligendamm erleben.

T.M.: In Baden-Württemberg mobilisiert ja das Friedensnetz und die Gewerkschaften. Was aber noch aktueller ist, ist das geplante, schärfere Versammlungsgesetz. Glaubst du, dass die Regierung und die Landesregierung aus Angst vor Massenprotesten mit solchen Gesetzen vorbeugen will?

U.M.: Ich glaube, das ist schon so. Angefangen mit dem Versuch die Bundeswehr im Innern einzusetzen, über Änderung des Versammlungsrechts und diverse andere Maßnahmen. Damit kann die Staatsmacht legal z.B. gegen Massenproteste wegen der Wirtschaftskrise oder auch anderen Protesten vorgehen. Da ist natürlich der „Kampf gegen den Terrorismus“ ein guter Deckel.

T.M.: Wenn das Versammlungsgesetz so umgesetzt wird, dann dürfen doch Polizisten oder z.B. Krankenschwestern oder Pfleger nicht mehr in ihrer Dienstkleidung demonstrieren, oder?

U.M.: Nach dem Gesetzesentwurf in Baden-Württemberg wäre dies tatsächlich so. Das wird sie aber nicht darin hindern,

wenn eine Demonstration genehm ist, nicht einzugreifen. Das dürfte dann Auslegungssache sein.

T.M.: Vielen Dank für das Gespräch

Das Interview wurde in der KW 45/08 von Thomas Mitsch geführt. Ulrich Maurer ist parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Bundestag

Interview mit Thomas Trüten

»Wir müssen breiten Protest auf die Beine stellen«



Thomas Trüten

R.W.: Die Landesregierung von Baden-Württemberg plant eine Verschärfung des Versammlungsgesetzes nach bayerischem Vorbild. Wie weit hat sich das in der Bevölkerung schon herumgesprochen?

T.T.: Vielen Menschen ist das noch nicht bewusst, auch weil darüber in den Medien kaum berichtet wird. Wirklich im Bilde sind vor allem politisch Aktive, deren Arbeit vom Gesetzesvorhaben betroffen sein wird. Die gegenwärtige Schwäche des Widerstandes führe ich vor allem darauf zurück, dass im Lager der Gegner und Kritiker der Ausgang der laufenden Verfassungsklage gegen das bayerische Pendant abgewartet wird.

R.W.: Das Gesetz soll schon zum 1. Januar 2009 in Kraft treten. Wird die Zeit nicht sehr knapp?

T.T.: Es muss in der Kürze der Zeit ein breiter Protest auf die Beine gestellt werden. Ich bin aber zuversichtlich. Es werden mindestens drei Demonstrationen gegen das Versammlungsgesetz stattfinden: Am 29. November in Mannheim, am 6. Dezember in Stuttgart und am 13. Dez-



ember in Freiburg. An einem Vorbereitungstreffen am Dienstag waren unter anderem Gewerkschafter sowie Vertreter von ATTAC, vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung und der Humanistischen Union beteiligt.

R.W.: Welche Einschränkungen des bestehenden Versammlungsrechts plant die Regierung?

T.T.: Künftig soll es möglich sein, in praktisch jede öffentliche Versammlung unter freiem Himmel oder in Gebäuden einzugreifen und sie zu beenden. Es sollen die persönlichen Daten aller Ordner verlangt werden können, was bei größeren Veranstaltungen einen unvorstellbaren Aufwand bedeuten würde. Nur ein Beispiel: Beim europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau am 3. April 2004 in Stuttgart waren 2000 Ordner im Einsatz. Dazu soll es der Polizei per »Militanzverbot« möglich sein, gegen Versammlungen vorzugehen, die den Eindruck von Gewaltbereitschaft vermitteln. Wann Militanz vorliegt und worin sie sich zeigt, obliegt der Interpretation der Polizeieinsatzleitung. Demonstrationen können außerdem von Staats wegen beendet werden, wenn es der Versammlungsleitung nicht gelingt, angebliche Störer zu entfernen. Das ist ein gefundenes Fressen für eingeschleuste Provokateure – man denke nur an Heiligendamm.

R.W.: Welche Folgen fürchten Sie insbesondere mit Blick auf betriebliche und gewerkschaftliche Proteste?

T.T.: Der Gesetzentwurf enthält einen Paragraphen zu sogenannten Eilverfassungen, worunter auch gewerkschaftliche Streiks fallen können. Demnach wäre schon das Aufstellen von Streikposten als Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes zu sehen, und die Aktion müsste 72 Stunden vorher angezeigt werden. Daneben müsste sich der Veranstaltungs- oder Streikleiter unter Angabe persönlicher Daten auf seine »Eignung« und »Zuverlässigkeit« überprüfen lassen. Und was ist mit dem Uniformierungsverbot? Fallen darunter nicht vielleicht auch Streikwesten, ver.di-T-Shirts, Blaumänner oder Arbeitsbekleidung?

R.W.: Die Regierung behauptet, die Veränderungen dienen vor allem dem Schutz vor einem »Missbrauch durch Rechtsextremisten«. Wie glaubhaft ist das?

T.T.: Wenn dem so wäre, warum wird dann nicht über ein generelles Verbot von Versammlungen mit rassistischem, diskriminierendem, kriegsbefürwortendem, faschistischem Inhalt diskutiert? Warum soll im Gegenteil der antifaschistische Protest gegen Naziaufmärsche sogar weiter behindert werden? Und zum Thema »Schutz« vor Rechtsextremisten nur soviel: In Baden-Württemberg wurden bis vor kurzem Jugendliche, die ein durchgestrichenes Hakenkreuz trugen, noch kriminalisiert.

R.W.: Wogegen könnte die Regierung mit dem neuen Gesetz vorgehen wollen?

T.T.: Im Frühjahr 2009 findet der NATO-Gipfel in Baden-Baden statt. Bis zu 15000 Polizisten sollen angekarrt werden, um die Gipfelteilnehmer zu »schützen«. Dort sollen Gipfelgegner zum ersten Mal im großen Stil entsprechend ihrer Protestformen gespalten werden. Soweit darf es nicht kommen.

Interview: Ralf Wurzbacher, erschienen in der jungen Welt, 29.10.2008. Thomas Trüten ist Leitungsmittglied der IG Metall Vertrauensleute bei FESTO in Esslingen und Mitglied der IG-Metall-Delegiertenversammlung Esslingen

Fahrplan der Proteste und Demonstrationen

**JA ZUR VERSAMMLUNGSFREIHEIT
NEIN ZUR VERSCHÄRFUNG DES
VERSAMMLUNGSGESETZES**



**DEMONSTRATION AM
6. DEZEMBER 2008, 14 UHR,
STUTTART-HBF
(LAUTENSCHLAGERSTRASSE)
www.versammlungsrecht2009.tk**

**06. Dezember 2008 Stuttgart
(Versammlungsgesetz)**

Demonstration gegen das geplante ba-

den-württembergische Versammlungsgesetz

Beginn/Auftakt 14:00 Uhr Lautenschlagerstraße in Stuttgart gegenüber Hauptbahnhof

**06./07. Februar 2009 München
(Sicherheitskonferenz)**

Demonstration gegen die im Nobelhotel Bayerischer Hof stattfindende NATO-Sicherheitskonferenz (SiKo) 2009



Foto: Indymedia

**14./15. Februar 2009 Straßburg
(Vorbereitung Nato-Jubiläum)**

Internationale Aktionskonferenz zur Vorbereitung der Gegenaktivitäten zum 60. Geburtstag der NATO

**01./05. April 2009 Straßburg / Kehl
und Baden-Baden
(Nato-Jubiläum)**

Internationales Widerstandscamp vom 01. April bis 05. April 2009

Internationale Konferenz
02. April bis 05. April 2009

Großdemonstration in Straßburg
04. April 2009



Foto: Thomas Trüten, Ostermarsch 2008

**04. April 2009 Kehl
(Ostermarsch)**

Im Zuge der Feierlichkeiten des 60-jährigen Nato-Jubiläums hat das Friedensnetz Baden-Württemberg, den landesweiten Ostermarsch vorverlegt. Der Ostermarsch 2009 findet in Kehl statt.



AUFRUF DES AKTIONSBÜNDNISSES GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ 2009

Kein Frieden mit der NATO - Kriegspolitik!

Sie reden von 'Sicherheit', doch ihre Politik bedeutet Krieg, Folter und Militarisierung: Auch im 60. Jahr des Bestehens der Nato treffen sich in München wie jedes Jahr hochrangige MilitärstrategInnen und RegierungsvertreterInnen der EU- und NATO-Staaten mit RüstungslobbyistInnen zur sogenannten "Sicherheitskonferenz". Abgeschirmt durch Absperrgitter, Wasserwerfer und Polizeihundertschaften kommen sie im Münchner Nobelhotel Bayrischer Hof zusammen, um globale Militärstrategien, Kriegseinsätze und Rüstungsgeschäfte abzusprechen. Dem stellen wir uns mit vielfältigem und kreativem Protest und Widerstand entgegen! Die Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz 2009 sind gleichzeitig der Auftakt für die internationale Mobilisierung gegen die NATO-Propaganda-Show am 4. April in Straßburg.



Stoppt die Kriegstreiber

Die NATO dient den westlichen Industriestaaten, um deren ökonomische Interessen auf dem gesamten Globus mit militärischen Mitteln durchzusetzen und den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen zu sichern. Die fortschreitende Osterweiterung der NATO soll deren Einflusssphäre erweitern, z.B. Russland einkreisen und ihre militärische Übermacht zementieren. Die NATO-Kriege und Besatzungsregime bedeuten für die Bevölkerung in den betroffenen Regionen Bombardierungen, Vertreibung, Zerstörung, Vergewaltigungen und Folter. Ein selbstbestimmter Aufbau und eine demokratische Entwicklung haben unter diesen Bedingungen keine Chance.

Schluss mit Krieg und Besatzung

Tausende SoldatInnen der Bundeswehr sind grundgesetzwidrig im Auslandsein-

satz. In Afghanistan zeigt sich immer deutlicher, was Besatzungstruppen bewirken: sie schaffen mehr Terror, mehr Elend, mehr Bombentote. Militarisierung und Kriegseinsätze dürfen nicht wieder Instrumente deutscher Außenpolitik sein. Sie dienen nicht den Menschen, sondern den geostrategischen und ökonomischen Interessen der NATO-Staaten.

Bundeswehr raus aus Afghanistan Gegen jede deutsche Kriegsunterstützung

Die Militarisierung nach außen geht mit einem ständigen Demokratieabbau im Inneren und einer fortschreitenden Aushöhlung des Grundgesetzes einher. Mit sogenannten "Sicherheitsgesetzen" werden Grundrechte ausgehebelt und Vorratsdatenspeicherung, Ausspionieren privater PCs, Unterbindungsgewahrsam und eine allgegenwärtige Überwachung 'legalisiert'. Grundgesetzwidrige Einsätze der Bundeswehr im Inneren, wie bei der Sicherheitskonferenz und beim G8 – Gipfel in Heiligendamm, sollen zur Normalität werden. Das neue bayerische Versammlungsgesetz setzt elementare Freiheitsrechte außer Kraft, das werden wir nie akzeptieren!

Für das uneingeschränkte Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit

Wir wenden uns gegen die Abschottung der EU-Außengrenzen und jede Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen, gegen die fremdenfeindlichen AusländerInnengesetze in Deutschland und die Abschaffung des Asylrechts, gegen rassistische Übergriffe und jede Form der Abschiebung. Flucht und Emigration sind Folgen von Krieg, Besatzung, Elend, Hunger, Folter, Umweltzerstörung, usw. Die Ursachen müssen bekämpft werden, nicht deren Opfer.

Fluchtursachen bekämpfen statt Stacheldraht und Lager

Wir widersetzen uns einem kapitalistischen Machtssystem, das für Profit über Leichen geht, keinen Frieden ohne Krieg kennt und seine ökonomischen Interessen sowohl militärisch als auch über Institutionen wie WTO, IWF, Weltbank oder die G8 durchsetzt. Zeigen wir den selbst ernannten Weltherrschern und Kriegsstrategen: Ihr seid hier in München und überall unerwünscht! Eurer Politik von neoli-

beraler Wirtschaftsmacht und Ausbeutung, von Aufrüstung und Sozialabbau setzen wir Protest und Widerstand entgegen:

am 6./7. Februar in München genauso wie am 3. April in Baden-Baden und am 4. April in Straßburg

Gegen Rassismus und Krieg! - NATO abschaffen! - Eine andere Welt ist möglich!

AKTIONSBÜNDNISS GEGEN DIE NATO-SICHERHEITSKONFERENZ

Aktionskreis Internationalismus (AKI Karlsruhe) • AnarchistInnen / RätekommunistInnen München (AnaRKomM) • antimilitaristische gruppe, Münster • attac München • Bayerischer Flüchtlingsrat • Bundesausschuss Friedensratschlag • BÜRGER GEGEN ATOMREAKTOR GARCHING e. V. • Deutscher Freidenkerverband München • DFG/VK München • DFG/VK - Bundesverband • DIE LINKE Kreisverband Tübingen • DIE LINKE Landesverband Baden-Württemberg • DIE LINKE. Stadtratsgruppe München • DKP Kreisverband München • Feministische Partei DIE FRAUEN • Friedensbündnis Karlsruhe • Informationsstelle Militarisierung e.V. (IMI) • internationale sozialistische linke (isl) - Ortsgruppe München • Interventionistische Linke (IL) • Kreisvereinigung Wolftratshausen der VVN-BdA • linksjugend [solid] Baden-Württemberg • Münchner Bündnis gegen Krieg und Rassismus • Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) • Münchner Friedensbündnis • Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e. V. • Organisierte Autonomie Nürnberg • Rockkabarett "Ruam" Regensburg • Rote Aktion Kornstraße (RAK), Hannover • und: Thomas Mitsch, Beirat IMI • Wolfgang Dominik, GEW Bochum • Elfi Padovan • Frederico Elwing, Beirat IMI .. • Joachim Peter Graf, GF GEW-München • Edith Bartelmus-Scholich, Redaktion www.scharf-links.de • Tobias Pflüger MdEP •

**Unterstützer willkommen! Unser Einsatz kostet - die Spenden werden gebraucht!
Bündniskonto: Martin Löwenberg, Konto Nr. 28 26 48 02, BLZ 700 100 80, Postbank München, Kennwort "Siko"**



Appell, beschlossen in Stuttgart am 5. Oktober 2008

Nein zum Krieg - Nein zur NATO



Aus Anlass des 60. Geburtstages des NATO-Militärbündnisses rufen wir alle Menschen auf, im April 2009 nach Straßburg und Kehl zu kommen, um gegen die aggressive Militär- und Nuklearpolitik der NATO zu demonstrieren und unsere Vision einer gerechten Welt ohne Krieg zu beteuern.

Die NATO ist ein wachsendes Hindernis für den Frieden in der Welt. Seit dem Ende des Kalten Kriegs hat sich die NATO als Mittel für militärische Aktionen der „internationalen Gemeinschaft“ neu erfunden, einschließlich der Forcierung des sogenannten

„Kriegs gegen den Terror“. In Wirklichkeit ist sie ein Vehikel für den Einsatz von Gewalt unter Führung der USA mit ihren Militärstützpunkten auf allen Kontinenten; handelt an den Vereinten Nationen und am Völkerrechtssystem vorbei; sie beschleunigt die Militarisierung und sie erhöht die Rüstungsausgaben. Die NATO-Staaten sind für 75 Prozent der globalen Militärausgaben verantwortlich. Seit 1991 betreibt die NATO diese expansionistische Politik mit dem Ziel, ihre strategischen und Ressourceninteressen zu vertreten. Die NATO hat auf dem Balkan unter dem Deckmantel der sog. „humanitären Intervention“ Krieg geführt und sie führt seit 7 Jahren einen brutalen Krieg in Afghanistan, wo die tragische Situation eskaliert und der Krieg sich nach Pakistan ausgebreitet hat.

In Europa verschärft die NATO Spannungen und befeuert den Rüstungswettlauf mit der sog. „Raketenabwehr“, einem massiven Atomwaffenarsenal und einer atomaren Erstschlagstrategie. Die Politik der EU wird immer enger an die NATO angebunden. Die andauernde und potentielle Erweiterung der NATO nach Osteuropa und darüber hinaus und ihre „out-of-area“-Einsätze machen die Welt unsicherer. Der Konflikt im Kaukasus ist ein klarer Hinweis auf die Gefahren. Mit jeder Erweiterung der NATO-Grenzen wächst die Möglichkeit eines Krieges – einschließlich des Einsatzes von Atomwaffen.

Um unsere Vision einer friedlichen Welt zu erreichen, lehnen wir militärische Antworten auf globale und regionale Krisen ab – sie sind Teil des Problems und nicht der Lösung. Wir weigern uns, unter dem Terror von Atomwaffen zu leben, und widersetzen uns einem neuen Rüstungswettlauf. Wir müssen die Militärausgaben reduzieren und die dadurch frei werdenden Ressourcen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse einsetzen. Alle ausländischen Militärstützpunkte sind zu schließen. Wir lehnen alle militärischen Strukturen ab, die für Militärinterventionen genutzt werden. Wir müssen die Beziehungen zwischen den Völkern demokratisieren und demilitarisieren und neue Formen der friedlichen Zusammenarbeit einrichten, um eine sicherere und gerechtere Welt zu schaffen.

Wir bitten Sie/euch, diesen Aufruf in Ihren/euren Gemeinden und Bewegungen zu verbreiten und nach Straßburg und Kehl zu kommen, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Wir glauben daran, dass eine friedliche Welt möglich ist.

Nein zum Krieg - Nein zur NATO

Die Protestaktivitäten anlässlich des NATO-Gipfels 2009 bestehen aus einer Demonstration (Samstag, 4. April 2009), einer internationalen Konferenz (Donnerstag, 2. April, bis Sonntag, 5. April), einem internationalen Widerstands-Camp (Mittwoch, 1. April, bis Sonntag, 5. April) sowie Aktionen des zivilen Ungehorsams.



Kriegspakt

Am 3. und 4. April 2009 wollen die Staats- und Regierungschefs der NATO pompös den 60. Jahrestag des westlichen Militärbündnisses feiern. Ein Rück- und Ausblick

Das NATO-Jubiläum ist ein wichtiger Anlass für die Friedens- und für soziale Bewegungen, für viele demokratische Kräfte und die politische Linke in Europa, aber auch in den Vereinigten Staaten, verstärkt über das Militärbündnis aufzuklären. Wer die NATO kritisch, ja ablehnend über 60 Jahre begleitet hat, dem können deren aktuelle militaristische Politik, ihre aktuelle Teilnahme an Kriegen und ihre Militärplanungen nicht gleichgültig sein.



Foto: Friedenskooperative, Reiner Braun

Das Bündnis nahm seit seiner Gründung 1949 für sich in Anspruch, den sogenannten freien Westen gegen den angeblich aggressiven Kommunismus zu verteidigen. Träfe das zu, hätte sich nach dem Warschauer Pakt auch die NATO 1991 auflösen müssen. Allerdings waren die für die Öffentlichkeit formulierten Ziele der NATO schon seit ihrer Gründung nicht mit den politisch-strategischen Handlungen der Regierenden, vor allem in den Vereinigten Staaten, kongruent.

Militärische Hegemonie

Als angebliches Bündnis der Demokratien gegründet, war das faschistische Portugal über Jahrzehnte Mitglied, die Diktaturen in der Türkei und in Griechenland arbeiteten intensiv mit. An dem Sturz demokratischer Regierungen und an der Verhinderung progressiver Veränderungen in den westlich-orientierten Staaten wie Italien und Griechenland war die NATO ebenso beteiligt wie an der Unterstützung und Etablierung von Diktaturen auf anderen Kontinenten.

Über 40 Jahre lang heizte der Pakt in der Zeit der globalen Bipolarität das Wettrüsten an, was die unsinnigen Aktionen sowjetischer Rüstungspolitik nicht legitimieren kann. Freigegebene Dokumente bele-

gen aber: Strategisches Ziel der NATO war – zumindest über viele Jahre – die militärische Zurückdrängung der Sowjetunion bzw. die Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges.

Auf die neuen Bedingungen nach dem Ende des Kalten Krieges stellte sich der Militärblock schnell ein: Die uneingeschränkte westliche Hegemonie sollte militärisch abgesichert werden.

Die Strategiedebatten in der -NATO, die sich u. a. in den Dokumenten von Rom 1991, Riga 1996, Washington 1999, Prag 2007, Bukarest 2008 niederschlugen, lassen sich vereinfachend folgendermaßen zusammenfassen:

Sicherung der ökonomischen, militärischen und ideologischen Vormachtstellung des Westens durch überlegene militärische Gewalt, militärische Interventionen einschließlich des Einsatzes von Atomwaffen. Dabei sollen nicht nur Ressourcenkonflikte (es geht nicht nur um Öl, sondern um alle fossilen und mineralischen Rohstoffe) im Zweifelsfall militärisch gelöst werden, sondern auch aktuelle globale Probleme, wie z.B. Klimawandel, Energieversorgungen, Immigrationsströme und Hungerkatastrophen. Die



Der »Tornado« wurde als Träger von Atomwaffen konzipiert, die Piloten sind entsprechend ausgebildet Foto: AP

Verhinderung weiterer atomarer Proliferation (Iran, Nordkorea) wird zur zentralen Aufgabe erklärt. Ziel der NATO ist es, »das« weltweite Militärbündnis zu sein, die globale Ordnungsmacht.

Eindämmung oder besser Einschnürung des erneut als – diesmal kapitalistischen – Widersachers entdeckten Rußland. Das soll besonders durch die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens und militärisch-strategisch durch den sogenannten Raketenabwehrschirm gewährleistet werden. Die Zeiten, in de-

nen versucht wurde, Rußland als belanglosen Juniorpartner einzubinden, sind angesichts der gewachsenen ökonomischen Stärke des Landes vorbei und haben schon zum ersten Stellvertreterkrieg zwischen NATO und Rußland in Georgien geführt. Dies schließt partielle Kooperation wie z.B. im Afghanistan-Krieg nicht aus.

Militarisierung der Politik

Veränderungen der internationalen Kräftekonstellationen zwischen den kapitalistischen Staaten, wie der Einflußgewinn von Indien oder China, aber auch Veränderungen in Lateinamerika, sollen durch aktive Einbeziehung (Indien) oder durch Eindämmung (China) zugunsten des Westens »gelöst« werden. Der »eurasische Unterleib« als Voraussetzung für die Weltherrschaft soll nach den Worten des US-Strategen Zbigniew Brzezinski »gesichert« werden. Deswegen wird auch eine Mitgliedschaft Australiens und Neuseelands, Japans, Südkoreas sowie der asiatischen GUS-Staaten angestrebt.

Diese Prozesse sollen ideologisch abgesichert werden, durch die Verankerung der NATO als des Bündnisses der Freiheit und des Schutzes sowie des »Kampfes gegen den Terror« und den islamischen Fundamentalismus. Riesige Summen zur Manipulation der Weltmeinung werden für den wissenschaftlichen, medialen und publizistischen Sektor der NATO ausgegeben.

Politisch bedeutet das die Militarisierung der internationalen Politik, einschließlich des Versuchs, sich die UNO und andere internationalen Instrumente für zivile Konfliktregulierung unterzuordnen.

Reiner Braun ist Geschäftsführer der International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (Deutsche Sektion). Die IALANA ist ein internationaler Zusammenschluß von Juristinnen und Juristen gegen Nuklearwaffen. Reiner Braun arbeitet in dem nationalen und dem internationalen Vorbereitungsgremium des NATO-Gegengipfels im April 2009 mit. Informationen im Internet: notonto.wordpress.com aus: junge Welt, 14. November 2008



Den NATO-Gipfel versalzen

Konferenz der Informationsstelle Militarisierung im Zeichen der Mobilisierung gegen Kriegstreibertreffen in Baden-Baden. Massenproteste im April.



Am 3. und 4. April kommenden Jahres feiert die NATO mit einem Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden ihr 60jähriges Bestehen. Die internationale Friedensbewegung will die Kriegstreiber und Militärs mit Massenprotesten empfangen. Während sich Baden-Württembergs Polizei auf den größten Einsatz des Landes mit 12000 bis 15000 Einsatzkräften vorbereitet, thematisiert die Friedensbewegung die Kriegspolitik der NATO und fordert deren Auflösung. Auch die diesjährige Konferenz der Informationsstelle Militarisierung (IMI) stand ganz im Zeichen des bevorstehenden Jubiläums. Diskutiert wurden am vergangenen Wochenende die Rolle der NATO in Afghanistan und Georgien sowie auf dem Balkan, das geplante US-Raketenschild in Europa und die neue Rolle der NATO auf den Weltmeeren.

Nicht nur wegen des runden Geburtstags des Militärbündnisses sei der Gipfel von herausragender Bedeutung, betonte Tobias Pflüger, IMI-Vorstand und Europapolitiker der Linken: Voraussichtlich werde auf dem Gipfel über das sogenannte Naumann-Papier abgestimmt. Dieses Strategiepapier sehe unter anderem eine offensive NATO-Energiepolitik vor – mit einer eindeutigen Warnung an Rußland und die OPEC, Öl nicht als Waffe zu nutzen. Laut dem Papier sei zudem der Ersteinsatz von Atomwaffen durch die NATO möglich. Darüber hinaus hätten Mitgliedstaaten künftig nur noch bei jenen Einsätzen Mitspracherecht, an denen sie sich selbst beteiligen.

Herausragendes Gipfel-Thema sowohl für Kriegsgegner wie auch für die NATO selbst wird nach Einschätzung von IMI-Sprecher Jürgen Wagner Afghanistan sein: Im »Testfall Afghanistan« werde

exemplarisch der neue Typ westlicher Kriegsführung erprobt. Dieser bedeute: Truppen bleiben als Besatzungsarmeen im Land, kontrollieren Infrastruktur und Verwaltung und bauen eine neoliberale Wirtschaft auf. Weil Soldaten allein diese Aufgabe nicht leisten können, werde die zivil-militärische Zusammenarbeit forciert, erklärte Wagner. Das Motto laute: »Morgens Nahrungsmittel verteilen, mittags Bomben werfen und abends Krankenhäuser bauen«.

Die NATO sei in ihrem Jubiläumsjahr »qualitativ aufgerüstet und vom Verteidigungsbündnis im Nordatlantik zum weltweit agierenden Kriegsbündnis mutiert«, so der IMI-Standpunkt. Afghanistan, Balkan und Georgien sowie der sogenannte Kampf gegen Piraten am Horn von Afrika: In all diesen Fällen gehe es um Rohstoffinteressen und geopolitische Machtansprüche. In Konkurrenz mit Rußland ein gefährlicher Cocktail, erklärte Martin Hantke am Beispiel Georgien – dem Land, das die einzig mögliche Trasse für Öl an Rußland vorbei aus dem Kaspischen Meer nach Europa biete. Mögliche neue Territorialkonflikte waren ebenfalls Thema der IMI-Konferenz: Bis Mai 2009 können die Länder vor der UN-Kommission ihre Ansprüche auf bisher staatenloses Land anmelden. Zu den unverteiltern Regionen gehören die Arktis und Antarktis, wo große Bodenschätze vermutet werden.

Die Proteste gegen den NATO-Gipfel in Strasbourg und Baden-Baden münden in einer Großdemonstration am 4. April. Bereits am 1. April öffnet ein Widerstandscamp, und am 2. April beginnt eine internationale Friedenskonferenz. Bei einem ersten großen Vorbereitungstreffen Anfang Oktober gründeten sich zwei internationale, miteinander kooperierende Widerstandsbündnisse. Sie gaben den sogenannten Stuttgarter Appell heraus.

Weitere Infos zum Appell und den Protestaktionen: www.no-to-nato.org

Pressebericht 11.11.2008/ Junge Welt / Gisela Dürselen

Von Afghanistan bis Georgien:

Positionskämpfe um die neue Weltordnung

Auch wenn sich der Konflikt um die ab-

trünnige georgische Provinz Südossetien in den letzten Monaten verschärft und zu gelegentlichen Scharmützeln geführt hatte, kam der Ausbruch des Krieges doch überraschend. Niemand hatte wohl dem georgischen Präsidenten Saakaschwili soviel Risikobereitschaft zugetraut, sich mit seiner militärischen Aggression mit einem um ein Vielfaches überlegenen Gegner anzulegen. Entsprechend fiel denn auch die Antwort des russischen Militärs aus: Der Aggressor wurde nicht nur aus Südossetien vertrieben, er wurde auch auf seinem eigenen Boden empfindlich getroffen und muss um seine politische Zukunft fürchten.



Foto: www.initiative-gegen-krieg-paderborn.de
Peter Strutynski

Es ist müßig darüber zu spekulieren, ob Saakaschwili zu seinem Angriff von den USA oder der NATO ermuntert wurde. Möglich ist immerhin auch, dass Saakaschwili mit seinem Alleingang die Solidarität der NATO herbei kämpfen wollte. Dass diese aus dem Krieg um Südossetien keinen casus belli für sich machte, war indessen von vorneherein klar. Nicht einmal Bush riskiert derzeit eine militärische Konfrontation mit Rußland, das zwar von der NATO und der EU bewusst auf Distanz gehalten, aber als Bündnispartner im weltweiten "Krieg gegen den Terror" durchaus (noch) gebraucht wird. Dem widerspricht nicht, dass der kleine Kaukasuskrieg vom Westen massiv dazu genutzt werden wird, den Kreml als kriegslüsterne und machtgerige Regime darzustellen, das eine Bedrohung für seine Nachbarn (insbesondere Georgien und Ukraine) darstellt, die wiederum des Schutzes durch die NATO, am besten durch eine Mitgliedschaft in ihr, bedürftig.

Der kurze georgisch-russische Krieg war ein typischer "Stellvertreterkrieg". Die NATO weiß nun, wann für Rußland die Grenze des Zumutbaren erreicht ist. Und Rußland sollte wissen, welche Absichten die NATO und ihre Führungsmacht USA



in der kaukasischen Region im Schilde führen.

Südossetien



Quelle: MDR.DE

Dabei könnte ein Blick nach Afghanistan hilfreich sein. Auch dieses Land hat nicht viel mehr zu bieten als eine für den Westen interessante geostrategische Lage. Dabei geht es nicht nur um die Kontrolle eines Territoriums, in dem bzw. durch das hindurch ein wichtiges Ölpipeline-Projekt realisiert werden soll: die Verbindung zwischen der öl- und erdgasreichen

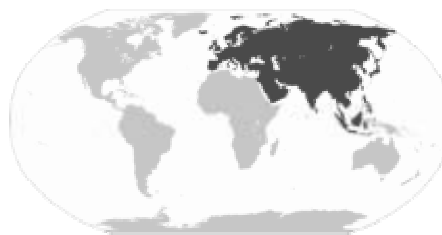


Ölpipelines in der Kaspischen Region

Kaspi-Region und dem Indischen Ozean - gleichsam ein Bypass, um russisches Gebiet zu umgehen. Es geht auch um die strategische Lage Afghanistans: Das Land am Hindukusch grenzt im Süden an Pakistan (dahinter im Südosten folgt Indien) und im Westen an Iran. Russland im Norden ist nur durch die zentralasiatischen ehemaligen Sowjetrepubliken Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan getrennt. Und im Osten reicht ein schmaler Landkorridor bis an die Grenze Chinas, des großen Antipoden der USA und der Europäischen Union im Kampf um die knapper werdenden Energieresourcen der Erde. Afghanistan liegt also inmitten einer Region, in der nahezu die Hälfte der Menschheit lebt und die über zwei Drittel der weltweiten Öl- und Gasvorkommen verfügt. Afghanistan ist somit eine der begehrtesten strategischen Regionen der Erde, geradezu prädestiniert als eine Art terrestrischer Flugzeugträger und Stationierungsort für Radaranlagen und Raketenabschussrampen. Wer

wollte hier nicht das Sagen haben?!

Die Konsequenz, mit der die USA in der Zeit der sowjetischen Besatzung Afghanistans alle Aufständischen mit Waffen und Logistik unterstützt haben und die Unerbittlichkeit, mit der die heutigen Besatzer um die Kontrolle des Landes kämpfen, weisen darauf hin, dass der



Karte: upload.wikimedia.org/wikipedia, Eurasischer Kontinent

Westen die Empfehlung des großen Strategen Zbigniew K. Brzezinski aus den 90er Jahren beherzigt: Für die "globale Vormachtstellung und das historische Vermächtnis Amerikas" werde es "von entscheidender Bedeutung sein", so können wir in seinem Buch "Die einzige Weltmacht" (1997) lesen, "wie die Macht auf dem eurasischen Kontinent verteilt wird". Der "eurasische Kontinent" - darunter verstand Brzezinski vor allem die Region vom Schwarzen Meer, dem Kaukasus und dem Kaspischen Meer bis nach Zentralasien -- ist also das "Schachbrett, auf dem sich auch in Zukunft der Kampf um die globale Vorherrschaft abspielen wird".



Foto: auswaertiges-amt, Bush und Merkel in Bukarest

Daher rührt das Interesse Russlands, in Afghanistan zumindest indirekt einen Fuß in der Tür zu behalten. Auch nach dem Zerwürfnis mit der NATO wegen der akuten Georgienkrise teilte der Generalstab in Moskau mit, die Afghanistan-Kooperation mit Brüssel "stehe nicht zur Diskussion". Und der russische Botschafter bei der Nato, Dmitri Rogosin, wird in der "Iswestija" mit den Worten zitiert: "Uns käme eine Niederlage der Nato in Afghanistan nicht gelegen."

Nicht nur einen Fuß in der Tür, sondern freien Zugang wünscht sich der Westen (USA, NATO, EU) seinerseits im Kaukasus und der Schwarzmeerregion. Die Aufnahme der Ukraine und Georgiens in die NATO waren auf dem Bukarester Gipfel ausgemachte Sache.

Der gescheiterte Versuch der dem Westen verpflichteten georgischen Führung, das ganze Land einschließlich Abchasiens und Südossetiens mittels eines Angriffskrieges unter Kontrolle zu bringen und die lästigen Russen heraus zu drängen, ist grandios gescheitert. Umso mehr werden USA und NATO versuchen, die Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO zu beschleunigen und damit den Ring um Russland auch vom Süden her noch enger zu ziehen.



Foto: [Indymedia](http://indymedia), Bukarest: Protest gegen die Nato

Es ist verschiedentlich wieder in Mode gekommen, von einem neuen "Kalten Krieg" zu sprechen. Damit wird -- zu Recht -- die vom Westen konstruierte und unter dem Slogan vom "Antiterrorkrieg" betriebene Konfrontation mit der fundamentalistisch-islamischen Welt verstanden. Die jüngsten Ereignisse auf dem eurasischen "Schachbrett" rufen Erinnerungen an den für erledigt gehaltenen alten Kalten Krieg wach. Die seiner Zeit von George F. Kennan erfundene Eindämmungspolitik (Containment) gegenüber der Sowjetunion wird nur von einer möglicherweise härteren Variante abgelöst, für die Bezeichnungen wie Constriction (Einschnürung) oder gar Strangulation zutreffender sein dürften.

Sollte dies gelingen, könnte sich der Westen voll auf den Kontrahenten China konzentrieren. Denn Peking, das hat auch die Inszenierung der Olympischen Spiele gezeigt, möchte in der neuen Weltordnung eine eigenständige Rolle spielen.

Peter Strutynski, Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag



**Wie haben unsere Bundestagsabgeordneten/innen bei
OEF/ISAF und BKA
abgestimmt!**

13.11.2008 Fortsetzung des OEF-Einsatzes der Bundeswehr

Abgestimmt wird über Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte bei der Unterstützung der gemeinsamen Reaktion auf terroristische Angriffe gegen die USA auf Grundlage des Artikels 51 der Satzung der Vereinten Nationen und des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags sowie der Resolutionen 1368 (2001) und 1373 (2001) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen; Drs. 16/10720 und 16/10824.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	205	3	2
SPD	173	25	4
FDP	50	2	2
Die Linke.	0	47	0
B90/Grüne	0	51	0

12.11.2008 BKA-Gesetz

Abgestimmt wird über den Gesetzentwurf der Fraktionen CDU/CSU und SPD sowie der Bundesregierung über den Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt; Drs. 16/9588, 16/10121 und 16/10822 .

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	202	0	0
SPD	173	20	6
FDP	0	58	0
Die Linke.	0	42	0
B90/Grüne	0	46	0


16.10.2008 Verlängerung des ISAF-Mandats

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses. Der Ausschuss empfiehlt den Mitgliedern des Bundestages, dem Antrag der Bundesregierung über die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz einer Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zuzustimmen; Drs. 16/10473 und 16/10567.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	20	5	5
SPD	180	20	5
FDP	46	6	0
Die Linke.	0	52	0
B90/Grüne	15	11	23

**Demonstration gegen das
Versammlungsgesetz
06. Dezember 2008 in Stuttgart**

**Abrüstung statt Sozialabbau!
MILLIONEN
FÜR DEN FRIEDEN
Statt Milliarden für den Krieg!**



**Demonstration gegen die
Nato-Sicherheitskonferenz
06. und 07. Februar 2009
in München**

**Großdemonstration gegen den
Jubiläumsgipfel der NATO
04. April 2009
in Straßburg**

**landesweiter Ostermarsch BaWü
04. April 2009
in Kehl**

**für die Friedensbewegung
in Baden-Württemberg**

Impressum

Die Friedensblätter werden für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg herausgegeben vom baden-württembergischen Förderverein für Frieden, Abrüstung und Internationale Zusammenarbeit e.V. (Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart) in Zusammenarbeit mit dem Friedensnetz Baden-Württemberg.

Im Friedensnetz arbeiten u. a. folgende Friedensgruppen und -organisationen mit: Deutscher Gewerkschaftsbund Landesbezirk Baden-Württemberg, Deutscher Freidenkerverband (DFV), Deutsche Kommunistische Partei, Friedens AK Wiesloch, Friedensbüro Heilbronn, Friedensgruppe Ditzingen, Friedensgruppe Heidenheim, Friedensgruppe Reutlingen, Friedensinitiative Botnang, Friedensinitiative Bruchsal, Friedensinitiative Feuerbach, Friedensinitiative Hallschlag/Bad Cannstatt, Friedensinitiative Leonberg, Friedensinitiative Pforzheim/Enzkreis, Friedensinitiative Neckarauer Bürgerinnen und Bürger, Friedensinitiative Schorn-dorf, Friedensinitiative Waiblingen, Friedensnetz Calw, Friedensplenum Mannheim, Friedensplenum Tübingen, Horber Initiative für den Frieden, Horkheimer Friedenskreis Heilbronn, Industriegewerkschaft Metall Bezirk Stuttgart, Informationsstelle Militarisation Tübingen, Initiative für Frieden und Abrüstung Backnang, Jungsozialisten in der SPD, Linksjugend der Partei Die Linke. [solid] BaWü, Karlsruher Friedensbündnis, Naturfreundejugend Baden, Ökumenische Initiative Ohne Rüstung Leben, Partei Die Linke, Baden-Württemberg, SportlerInnen für den Frieden, Stuttgarter Friedensinitiative, Touristenverein Die Naturfreunde Württemberg und Baden, Verantwortung für den Frieden Gruppe am Forschungszentrum Karlsruhe, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. (VVN-BdA)

Anschrift von Redaktion, Abo- und Anzeigenverwaltung:

Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart, Tel 0711-63 68 240, Fax 60 07 18, Email friedensblaetter@friedensnetz.de

Redaktion: Thomas Mitsch (V.i.S.d.P.)

Fotos: u.a. Thomas Trüten und Mario Hanneken

Die Friedensblätter erscheinen mind. 4 mal jährlich, in der Regel ergänzt durch kurze Extra-Ausgaben zu wichtigen Anlässen. Das Jahresabo kostet EUR 14. Darüber hinaus werden Spenden dringend benötigt.

Bankverbindungen:

Abos, Rechnungen, Spenden:

Paul Russmann, Sonderkonto Friedensnetz, Kto.Nr. 65 20-706 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Spenden (Spendenquittung nach Ablauf des Jahres): Bad.-Württ. Förderverein Frieden e.V., Kto.Nr. 1963 74-704 bei der Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70 oder Kto.Nr. 563 131 004 bei der Volksbank in Stuttgart BLZ 600 901 00. (Für Mitglieder und fördernde Mitglieder des Vereins ist der Bezugspreis der Friedensblätter im Beitrag enthalten.)

<http://www.friedensnetz.de>